Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. – Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2.40 Mark. – An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. – Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig, Gerberstraße 1, IV., Viktoriahotel. Telephonruf 7503.

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Anzeigengebühr für die dreigespaltene Kleinzeile 2.— M. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen.

Nr. 43. Sonnabend, den 23. Oktober 1920. 24. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Gesperrt:

Firma Martin Peter in Varnhalt (Baden).

Streik bzw. Aussperrung:

In **Augsburg, Leipzig, Zwickau, Dresden** (Sandstein- und Marmorarbeiter). **Schupbach** (Marmorbrüche), **Wülfrath** (Kalksteinbezirk), **Groß-Kunzendorf** (Firma Sanner).

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer noch den bereits genannten Orten unter Sperre und Streik noch Halle (Steinmetzen), **Bernburg-Alsleben** (Mosaik-Pflastersteinschläger).

Erledigte Bewegungen:

Fränk. Muschelkalksteingebiet. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Würzburg vom 10. 9. 20, der besagte, daß ab 1. Sept. 20 die bisherigen Stundenlöhne für alle Arbeiter um 50 Pf. und die Akkordsätze um 50 Prozent zu erhöhen sind, wurde vom Landeseinigungsamt für verbindlich erklärt. Die Kollegen haben jetzt diese Löhne zu fordern.

Schupbach. Der Streik in den Marmorbrüchen der Firma Jörissen ist durch einen Teilerfolg beendet. Bei der Firma Dyckerhoff u. Neumann dauert der Streik noch an.

Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages für die deutsche Steinindustrie. Am 15. Oktober fanden im Reichsarbeitsministerium zu Berlin Verhandlungen über Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages (früher Reichsstädtetarif) statt. Nach längerer eingehender Beratung konnte der Tarif mit Wirkung vom 15. Oktober 1920 bis 31. Dezember 1921 zum Abschluß gebracht werden. Der Vertrag hat Geltung:

a) für den Verband Deutscher Werksteinbetriebe,

b) für den Deutschen Marmorfachverband,

c) für den Deutschen Grabmalgewerbeverband.

In nächster Nummer werden wir über die Verhandlungen ausführlich berichten.

Der Betriebsrätekongreß.

Nach dreitägigem Verhandeln sind die Beratungen des ersten Betriebsrätekongresses beendet. Wir begrüßen den Ausgang dieser gewaltigen Tagung und finden die Nebenerscheinungen auf dem Kongreß nicht besonders tragisch. Die Geschäftsordnungsdebatten, Proteste, die von den Gästen vorgetragene russische Ansicht über unsere Gewerkschaften und deren Internationale, gehören in der heutigen Zeit zu einer solchen Tagung. Sie liegen bekanntlich in der Auffassungsdifferenz über Gegenwartsaufgaben und den Weg zum Ziel der proletarischen Bewegung. Die Mehrzahl der Kongreßteilnehmer steht jedoch hinter der [illegible], sie will durchaus [illegible]liche Arbeit, an Stelle schöner revolutionärer Worte leisten und mit beiden Beinen fest auf der Erdkruste bleiben. Das genügt vorläufig. Statt nun dieses Votum anzuerkennen, schreibt die äußerst links stehende politische Tagespresse über den Kongreß recht wildes Zeug zusammen. Zum Beispiel „Die Rote Fahne“ von einem „Pyrrhussieg“, von einem formellen Sieg der Veranstalter, von Regiekünste alter Gewerkschaftsstrategen und von Beeinflussungen durch Gewerkschaftsangestellte während der Tagung. Alle die so schreiben und reden, sind nur unzufrieden, weil ihre Regiekünste nicht ausgereicht haben, dem Kongreß einen anderen Ausgang zu geben. Mit sozialistischer Erkenntnis hat aber die Unterstellung, die den Veranstaltern des Kongresses gemacht werden, nichts gemeinsam. Gewiß, das Recht, so zu schreiben und zu reden, kann ihnen niemand streitig machen, denn es beruht auf der freien Meinungsäußerung in der deutschen Republik, sonst aber steht das Recht zu solchen Aeußerungen auf wackeligem Unterbau. Trotz aller Fährnisse ist es dem Kongreß gelungen, zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Er hat eine Organisation geschaffen, die Trägerin und Führerin in den noch ausstehenden Kämpfen der Arbeiterschaft um die Erringung einer sozialistischen Wirtschaft sein kann. Gewerkschaften und Betriebsräte haben durch diesen Kongreß ihr gemeinsames Fundament erhalten, auf ihm ist die Gemeinschaft von Hand- und Kopfarbeitern besiegelt, der gemeinsame Kampfesboden der Gewerkschaften und Betriebsräte durch überwiegenden Mehrheitsbeschluß geschaffen worden.

Eindringlich haben die Vorträge von Wissell und Hilferding gezeigt, wie traurig es um die wirtschaftliche Existenz des deutschen Volkes bestellt ist. Sie haben nachgewiesen, daß die bisherige kapitalistische Wirtschaft unfähig ist, die aus dem Kriege gestellten Probleme zu lösen, daß die Sozialisierung der reifen Wirtschaftszweige und die planmäßige Zusammenfassung aller übrigen Wirtschaftszweige zur Vorbereitung für eine Sozialisierung erfolgen müsse. Bedeutet aber Sozialisierung Kontrolle der Produktion und der Güterverteilung durch die Volksgesamtheit, dann müssen die in allen Betrieben gewählten Betriebsräte in den Stand gesetzt werden, diese Kontrolle als Organe der Allgemeinheit auch ausüben zu können, müssen sie sich das dazu notwendige Maß von Wissen verschaffen, müssen sie aber auch eine andere rechtliche Stellung erhalten, als sie das Betriebsrätegesetz ihnen heute einräumt.

Am 15 Juni und 5. Juli hatte der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ und die „Afa“ ihre Organe aus dem ganzen Reich nach Berlin berufen, um die gewerkschaftliche Zusammenfassung aller freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte herbeizuführen. Richtlinien für die Zusammenfassung in einer gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale wurden geschaffen. Die Anerkennung dieser Richtlinien für den Aufbau einer sich auf den Gewerkschaftsbau als inneren, festen Kern stützenden Betriebsräteorganisation sollte dieser von 9 Millionen Arbeitern und Angestellten gewählte erste Reichskongreß geben. Dieser gewerkschaftlichen Betriebsräteorganisation steht die Opposition gegenüber, sie will die Betriebsräte, gleichgültig, ob sie überhaupt organisiert sind oder welchen wirtschaftlichen Verbänden sie auch angehören, unabhängig von den Gewerkschaften zu selbständigen politischen Kampforganen und die Gewerkschaften in Industrieverbände zusammenfassen. Die Opposition gibt sich dem Glauben hin, daß es ihr in einer solchen Zentrale gelingen würde, die gelben, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Betriebsräte zu revolutionären Betriebsräten umformen zu können. Der Kongreß ist in seiner übergroßen Mehrheit dieser Auffassung nicht beigetreten und hat die selbständigen Betriebsrätezentralen abgelehnt.

Da sich in Berlin, Halle, Düsseldorf usw. solche selbständigen Zentralen bereits gebildet haben, ist mit der Ablehnung seitens des Reichskongresses diese Opposition natürlich nicht beseitigt. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß sie den ihr reichlich zur Verfügung stehenden revolutionären Wortschwall zu weitesten Auswirkungen zu bringen weiter bemüht bleiben wird. Sie hat sogar dem Kongreß mehreremal gedroht, daß ihre revolutionäre, auf den Bürgerkrieg eingestellte Organisation die Gewerkschaften hinwegschwemmen wird. Der Kampf ist also noch längst nicht beendet.

Die von den Genossen Wissell und Hilferding vorgelegten und mit weit überwiegender Mehrheit angenommenen Resolutionen haben folgenden Wortlaut:

„Die zweijährigen Versuche, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sind gescheitert.

Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen scheinbaren Aufschwung nach Aufhebung der Blockade. Sie ist heute in unaufhaltsamem Zerfall. Die Produktion stockt, Betriebe werden stillgelegt, abgebrochen, Maschinerie ganz oder in Teilen ins kapitalistische Ausland verschoben. Die wachsende Geldentwertung und Valutaverschlechterung sperrt Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln in steigerdem Maße. Beides zusammen mit dem steigenden Bankrott der Staatsfinanzen sperrt Deutschlands internationale Kredite. Die rapide Geldentwertung läßt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückbleiben. Bei dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolpreisen an.

Das Kapital nützt die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich durch Tausende Finten und Lasten der Besteuerung zu entziehen und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen.

Auf den bisherigen Wegen unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Elend unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftslehre, wonach die Förderung des eigenen Interesses der Allgemeinheit am besten diene, hat ihre innere Unwahrheit jedem klar offenbart. Sie darf keine Geltung mehr haben, soll nicht den Millionen der werktätigen Bevölkerung absolute Verelendung und gänzlicher Untergang drohen.

Je weiter der Zerfall der Grundlagen der Produktion und die körperliche und geistige Schwächung und Verkümmerung aller Arbeitskräfte vom Handarbeiter bis zum Techniker und Erfinder fortschreitet, um so schwieriger wird der Wiederaufbau. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumfang förderte, genügt nicht, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopfarbeiter auf die übrige Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden.

Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.“

„Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Kriege zu einer akuten Verelendung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt hat.

Nur die Ueberwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiterschaft. Der Kongreß erblickt in den Versuchen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verderbliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Betriebsräte und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hält der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues diese Ziele durchzusetzen.“

Dann fand einstimmige Annahme ein Antrag, der den Sieg des russischen Proletariats wünscht und die Betriebsräte verpflichtet, die Erzeugung und den Transport von Waffen und Munition für den Kampf gegen Rußland zu verhindern. Die übrigen Anträge (Vorlage eines besseren Betriebsrätegesetzes, Uebernahme von Kreis- und Gemeindebeamten aufs Reich, Erfassung der Lebensmittel, Steuerabzug usw.) wurden dem neu zu wählerden Beirat überwiesen.

Fast einstimmig wurde eine sehr lange Resolution Dißmann angenommen, die in ihrem wesentlichen Teil ungefähr folgendes sagt:

„Die dem Kapitalismus innewohnerden imperialistischen Tendenzen haben den Weltkrieg heraufbeschworen. Das Wirtschaftsleben wird von steten, sich immer mehr zuspitzenden Krisen erschüttert. Die von Unternehmern geübte Sabotage verschärft die gegenwärtige akute Krise. ... In klarer Erkenntnis all dieser Mängel und Hemmnisse des Gesetzes .. tritt die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse an die den Betriebsräten durch die Situation gestellten Aufgaben heran. ... Die Betriebsräte wie die gesamte Arbeiterschaft aber müssen sich weit über den engen Rahmen des Gesetzes hinausgehende Ziele stecken und ihre gesamte Tätigkeit dementsprechend einstellen. ... Die von den Betriebsräten auszuübende Produktionskontrolle darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beschränken, sondern sie muß in planmäßigem Aufbau und organischer Fortentwicklung zu einer Gesamtkontrolle über die einzelnen Industriezweige (Rohmaterial, Aufträge, Produktivität, Verkauf, Statistik usw.) wie der Gesamtindustrie werden.... Diese Tatsachen zwingen die Gewerkschaften, der organisierten Macht des festorganisierten Unternehmertums den entschlossenen Willen der kampfbereiten Kopf- und Handarbeiter als der ausgebeuteten überwiegenden Mehrheit gegenüberzustellen. Nur wenn in diesem Geist auf der ganzen Linie die Einstellung und Vorbereitungen durchgeführt, werden die Gewerkschaften vor ihrer historischen Aufgabe bestehen: Als einzige geschlossene Organisation des klassenbewußten Proletariats Kämpfer, Wegbereiter und Träger der proletarischen Wirtschaftsordnung zu sein.“

Drei Resolutionen des Referenten Nörpel, die ebenfalls fast einstimmig angenommen werden, sagen im wesentlichen folgendes:

„Die wenigen Rechte des Betriebsrätegesetzes werden von den Unternehmern systematisch sabotiert. Sie suchen die praktischen Arbeiten der Betriebsräte unmöglich zu machen. Der Kongreß fordert deshalb die Gewerkschaften auf, sofort eine Novelle zum Betriebsrätegesetz auszuarbeiten, in welcher die Geschäftsführung des Betriebsrats, das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, bei Betriebseinschränkungen und Betriebseinstellungen gesichert wird. Die Novelle ist der Regierung, dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zu übermitteln.

Der Kongreß fordert die Gewerkschaften auf, sich dafür einzusetzen, daß das besondere Gesetz über die den Betriebsräten vorzulegende Betriebsbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung schleunigst verabschiedet wird.

Der Kongreß fordert die schleunige Verabschiedung des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat.“

In einer vierten, ebenfalls angenommenen Resolution Nörpel erklärt sich der Kongreß einverstanden mit dem Aufruf der Afa, der die Angestellten auffordert, den Betriebsräten die für die Kontrolle nötigen Angaben zu machen.

Dem A. D. G. B. und der Afa wurde folgender Antrag überwiesen:

„Die Delegierten des Reichsbetriebsrätekongresses machen es sich zur Pflicht, in ihren Organisationen dahin zu wirken, alle Hand- und Kopfarbeiter in Industrieverbänden zusammenzufassen, in der Erkenntnis, daß aus den Aufgaben der Betriebsräte im Wirtschaftsleben ernstes Zusammenarbeiten der Hand- und Kopfarbeiter ein Gebot der Stunde ist. Alle Sonderbestrebungen, die sich dagegen bemerkbar machen, müssen durch Wort und Schrift beseitigt werden.“

Angenommen wurden Anträge gegen Arbeitsdienstpflicht und zur Wohnungsfrage.

Vom Genossen Thum (Augsburg) lag eine Entschließung vor, die sich gegen die von der Entente geforderte Vernichtung sämtlicher Dieselmotoren in Deutschland und ein Verbot des Baues neuer Dieselmotoren wendet. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen, nachdem Genosse Graßmann sich erboten hatte, beim Vorsitzenden Masterman von der Ueberwachungskommission der Entente deswegen vorstellig zu werden.

Angenommen wurde ferner ein Dringlichkeitsantrag, der sich dagegen wendet, daß drei Großbetriebe in Württemberg stillgelegt werden, damit unbequeme Betriebsräte gemaßregelt werden können, und der ferner das Verhalten der württembergischen Regierung in dieser Sache mißbilligt.

Der dem Kongreß vorgelegte Entwurf eines Aufbaues der Wirtschaftsräte wurde dem Beirat überwiesen, nachdem der Absatz 8 durch Abstimmung angenommen worden war. Der Absatz regelt die Vertretung der Reichswirtschaftsgruppen im Beirat, die Aufgaben des Beirats, seine Einberufung und die Einberufung von Betriebsrätekonferenzen.

Die Besetzung des Beirats wurde den Industriegruppen überwiesen. Auf Vorschlag der Afa soll dabei folgendermaßen verfahren werden: In jeder Gruppe werden zwei Vertreter der Arbeiter und einer der Angestellten gewählt mit folgenden Ausnahmen: Gruppe 1 (Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe) zwei Angestellte und ein Arbeiter; Gruppe 8 (Landwirtschaft) nur Arbeiter; und Gruppe 15 (Sozialversicherung) nur Angestellte.

Ein Antrag der Opposition, die Mitglieder des Beirats mittels Verhältniswahl zu wählen, wurde den Gruppen überwiesen.

Das sind in Kürze die Beschlüsse des 1. Betriebsrätekongresses. Die einzelnen Referate haben unsere Kollegen wohl in der Tagespresse nachlesen können, mit Rücksicht auf den Raum müssen wir von der Wiedergabe der Reden Abstand nehmen.

Der Kollege Schulz, Heidingsfeld, der aus dem Maintal als Betriebsrat delegiert war, sendet uns nachstehendes Stimmungsbild vom Kongreß:

Der Kongreß tagte im großen Saal der Neuen Welt. Der riesige Raum ist fast vollständig von den Delegierten eingenommen. Einen recht guten Eindruck machte auf mich der Empfangsabend. Das riesige Podium war mit Hunderten von Arbeitersängern besetzt. Die Büsten von Marx, Bebel und Lassalle schauten hernieder und waren mit herrlichen Rosen geschmückt. Die Begrüßungsrede Wissells hinterließ auf die Zuhörer einen tiefen Eindruck. Besonders hervorzuheben sind die Vorträge von Konradi, eine Mahnung der Toten an die Lebendigen. Mit Begeisterung wurde das zum Schlusse vorgetragene Erntelied mit Begleitung des Orchesters entgegengenommen: „Es wird kein Mensch mehr Hunger schrein, Mahle, Mühle, mahle!“

Ein anderes Bild zeigte der erste Kongreßtag selbst! Es machten sich gleich zwei Richtungen bemerkbar, und es hatte den Anschein, als ob das am Vorabende sich bemerkbar gemachte Zusammengehörigkeitsgefühl in die Brüche gehen wollte. Schwer platzten die Geister aufeinander, aber ich bin überzeugt, jeder wollte nur das Beste für die Arbeiterklasse. Sechs Referate wurden entgegengenommen, ein jeder Referent war bemüht, sein Bestes zu geben, um Aufklärung unter die Masse zu bringen, und wiederholt wurde der Ruf laut, nur durch Einigkeit kommen wir zum Ziel! Ja, wenn wir sie nur schon hätten, dachte ich. Ein kleiner Zwischenakt, der so manchen von uns bis aufs tiefste ergriff, eine Arbeitslosendemonstration vor dem Kongreßlokal: Sie verlangte Sitz und Stimme an der Tagung. Für mich war das selbstverständlich. Wer aber diese abgehärmten Gestalten gesehen hat, mit kühner Entschlossenheit auf den Gesichtern, dem wurde es erst so richtig klar, in welchem Massenelend wir zur Zeit stecken, und jeder war überzeugt: Hier ist Abhilfe sofort notwendig. Es wurden auch dementsprechende Richtlinien der Regierung übermittelt. Ich bin überzeugt wenn jeder das Gehörte und Gelernte unter seine Mitarbeiter verarbeitet und mitwirkt am Aufbau unserer mißlichen wirtschaftlichen Lage, dann wird es nicht fehlschlagen, und es muß die Zeit kommen, wo wir den Sieg an unsere Fahne heften können.

Siebente Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In der am 4. Oktober abgehaltenen Sitzung des Bundesausschusses ehrten die Anwesenden vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Genossen Alois Staudinger vom Steinarbeiterverband. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den bevorstehenden Betriebsrätekongreß, zu dem noch eine Reihe von organisatorischen Fragen (Geschäftsordnung usw.) vorzuberaten waren.

Als zweiter Punkt stand die Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongreß auf der Tagesordnung. Die Wahl geschah nach Industriegruppen und hatte folgendes Ergebnis: Für die Gruppe Baugewerbe, keramische und Glasindustrie Paeplow (Bauarbeiterverband), Stellvertreter Streine (Malerverband); Nahrungs- und Genußmittelindustrie Fabrikarbeiter Schmidt (Landarbeiterverband), Stellvertreter Brey (Fabrikarbeiterverband); Graphische Gewerbe, Papierindustrie, künstlerische Berufe Seitz (Buchdruckerverband), Stellvertreter Haueisen (Buchbinderverband), Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie Simon (Schuhmacherverband), Stellvertreter Jäckel (Textilarbeiterverband); Handels- und Verkehrsgewerbe, Gemeinde- und Staatsarbeiter Schiffel (Eisenbahnerverband), Stellvertreter Urban (Angestelltenverband); Bergbau, Metall- und Holzindustrie Dißmann (Metallarbeiter-

verband) und Hue (Bergarbeiterverband), Stellvertreter Klebe (Maschinisten- und Heizerverband) und Tarnow (Holzarbeiterverband).

Eine lebhafte Aussprache entspann sich beim dritten Punkt der Tagesordnung: Leistung von Extrabeiträgen für den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand beantragte für das Jahr 1920 einen Extrabeitrag von 20 Pf. für jedes Mitglied der angeschlossenen Gewerkschaften und für das nächste Jahr einen solchen von 30 Pf. Bundeskassierer Kube begründete den Antrag mit der allgemeinen Teuerung und mit der Steigerung der Aufgaben, die dem Bundesvorstand zugewiesen worden sind. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter erkannten einmütig die Notwendigkeit an, daß die Einnahmen des Bundesvorstandes vergrößert werden müssen, und daß die Angestellten des Bundesvorstandes in ihrer jetzigen geringen Zahl und bei der Beschränktheit der ihnen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unmöglich ihre Aufgaben bewältigen können. Beschlossen wurde, auf die Rückzahlung der Beträge zu verzichten, die die Verbände zur Unterstützung der notleidenden Gewerkschaftsmitglieder in Deutschösterreich vorgestreckt haben, wodurch sich die Zahlung der Extrabeiträge für das laufende Jahr erübrigt. Für das Jahr 1921 wurde der vom Bundesvorstand beantragte Extrabeitrag bewilligt.

Erinnerungen eines Steinmetzen.

Angeregt durch den Artikel in Nr. 39 „Zur Lehrlingsnot im Steinmetzgewerbe" ließ ich meine Gedanken zurückschweifen in meine Lehrlingsjahre, in meine heimatlichen Gefilde, an die frühere Lehrlingszüchterei und die Bezahlung in den ersten Gesellenjahren. Die Erinnerungen sind nicht die angenehmsten, sie hängen zum Teil mit der heutigen „Lehrlingsnot", wie sie vom Arbeitgeberstandpunkt verstanden wird, zusammen, als die Folgen früherer Zustände. Die Berufskrankheit hat mich, den 50jährigen, schon längst das Richtscheit aus der Hand geschlagen und ich zähle nun zu dem großen Heer der Arbeitsinvaliden. Auch eine Folge von den Lehrjahren und der „vorzüglichen" Lehrlingsausbildung.

Bereits 37 Jahre sind verflossen, seitdem ich bei der Firma J. A. in Miltenberg lernte, und zwar im Gegensatz zu anderen Lehrstellen war es eine sogenannte Tagelohn-Lehrstelle. O, recht vielseitig war meine Tätigkeit und meine Tagelöhnerarbeit; alles war dort zu lernen, nur nicht der Beruf eines Steinmetzen. Damals stand der Lehrling noch weniger ohne jeden Schutz da und der Unternehmer, der sogenannte Lehrherr, verstand es noch besser wie heute, so einen Jungen, der voll Hoffnung und Lebensmut in die Welt schaute, auszubeuten! Das Wort ist durchaus nicht zu hart. So ein Junge war eine Null, die erwachsenen Arbeiter ließen es ihm ebenso fühlen; es war ja fast allen so gegangen in ihrem Werdegange, warum sollte es nun ein anderer besser haben?

Also im unteren Maintale begann mein Steinmetzwerden, zwei Stunden Wegs früh und abends! Mein Lehrherr hatte acht Arbeitsplätze und Brüche in ebenso vielen Orten; war schwerreich und konnte seine Körperfülle nur noch mit Hilfe eines Kutschgespanns von einem Betriebe zum anderen führen. Heute allerdings wächst Gras in einigen dieser Betriebe; einmal durch den Rückgang der Bau- und mit ihr der Steinmetzkunst und zum anderen brauchen auch die Erben meines Lehrherrn, um ihr Dasein zu fristen, keinen Finger mehr krümmen, dafür ist früher reichlich vorgesorgt. Steinmetzlehrlinge und -gesellen haben aufhäufen helfen; das ist nun einmal nicht anders, geschieht heute auch noch in anderen Betrieben. Meine Tätigkeit begann mit Trinkwasser holen; 25 Gesellen wuchteten dort, der Durst war groß und drei- bis viermal täglich mußte ich Trinkwasser besorgen in zwei großen Holzkrügen und alle tranken aus den zwei Krügen. Hygienisch? Da fragte niemand nach! Dann begann für mich das Sortieren der geschärften Eisen nach Nummern und das Wasserzutragen in Holzeimern zum Anfeuchten bei der Bearbeitung der Werksteine für jeden einzelnen Gesellen. Ferner Frühstück- und Vesperholen. Eine Ruhepause gab es nur mittags für den Lehrjungen! Die miserabelste Arbeit war das „Standausputzen", wozu mich jeder Geselle holen konnte, wie es ihm beliebte, und meine andere „Lehr"-tätigkeit zuließ. Mannshoch waren die Schutthaufen oft in der Arbeitsbude angeschwollen, mit Handkarren und Hilfe meiner Jungenskräfte wurde der Schutt nach dem Mainufer gefahren. Der richtige Ausdruck ist dafür: Nach dem Mainufer gequält! Was ich dabei gelitten habe, seelisch und körperlich, können nur jene Schutthaufen und der benutzte Karren erzählen; ja, wenn die reden könnten! — Lehrlingsnot, Lehrlingsleid und skrupellose Nichtachtung werdender Steinmetzgesellen wäre aus all den langen Jahren eine endlose und erschütternde Geschichte. Das Schuttfahren war mein größter Schmerz und in jenen Jahren hat sich aus meinem jugendlichen Hirn oft die Frage herausgearbeitet: „Muß und darf das so sein?" Dann sah ich wieder die Gesellen und die Auffassung brach durch, daß sie wohl alle diesen Werdegang hatten und ich karrte dann den Schutt weiter als etwas Unabänderliches. 30 Pf. pro Tag, also 3 M. pro Woche, war mein Lohn!

Ein Hilfsarbeiter zum Steinstoßen war in unserem großen Betrieb; dieser war auch so ein Packesel und hatte vollauf zu tun. Er holte mich ebenfalls zu seiner Arbeit mit heran. Die arme Firma konnte keinen zweiten Hilfsarbeiter einstellen, es war schon wegen des Ueberschusses und dem auf die Hohe-Kante-legen! Später durfte ich dann auch ein glattes Werkstück aufbänken, es hatte den Vermerk: „Unbestellt". Zum Arbeiten daran kam ich aber höchstens immer 10 Minuten; denn kein Geselle konnte das recht mit ansehen und er rief mich zum „Standausputzen". Mein „unbestelltes Werkstück" wurde auf diese Art ½ Jahr alt. Zu allen möglichen Hilfeleistungen ertönte fortwährend von irgend woher ein Ruf! In jener Zeit lieferte der Arbeitgeber noch Knüpfel und Spitzenstiele an die Gesellen, die hatte ich wöchentlich einmal nebst Schablonen zwei Stunden von Miltenberg heranzuschleppen. Daneben lief noch das Bestellen von Rohmaterial hoch auf dem Berg; ferner das Verladen Freitags und Sonnabends in einen Kahn.

So vergingen gut 1½ Jahre in meiner sogenannten Lehrstelle, wo ich ein Steinhauer werden wollte, aber bis dahin nie zur Arbeit am Stein zugelassen wurde. Ich verließ den reichen „Lehrherrn" und wollte versuchen, bei einem anderen weiterzulernen. Aber — ? Lehrvertrag bestand nicht, alles mündlich vereinbart nach Treu und Glauben. Mein Arbeitsbuch wurde jedoch zurückbehalten, der Gendarm kam und nach — fünf Tagen war ich wieder im alten Joch! Es waren böse Stunden, die in mein Inneres eingegraben stehen, um nimmer zu vergessen. Es sollte besser werden, wurde mir gesagt. Neben anderen Arbeiten war ein großer Bau nach St. Petersburg zu fertigen. Jedes Werkstück, was im Betriebe hergestellt war, mußte für den Transport mit Unterlagslatten mittels Holzdobel versehen sein, Wolfslöcher fein sauber eingeschlagen (früher war es üblich, diese Löcher vom Gesellen unentgeltlich zu verlangen, sie hatten sich auch einmal geweigert und so wurde es dem Lehrburschen übertragen), ferner Führungen eingesetzt und Werkstücke wie es vorkommt, verkittet werden. Das waren nun meine täglichen Arbeiten! Also etwas besser wie vordem; jede Arbeit ließ ich mir auch nicht mehr aufhalsen. Wochenlohn hatte ich jetzt 4.50 M. Viel Geld in jener Zeit! An ein Werkstück kam ich aber immer noch nicht heran und so habe ich mir die Steinmetztätigkeit eigentlich nur durch Aufpassen und Abgucken selbst aneignen müssen. Nach 2½ Jahren durfte ich meine Peiniger, dazu gehörte alles auf dem Platz, einschließlich der Gesellen, verlassen. Unvergessen sind mir diese geradezu trostlosen Jahre aus meiner Lehre im Tagelohn, und wo solche mit Akkordarbeit in Frage kommt, hat es wenigstens das eine Gute, daß die Lehrlinge wirklich zur Arbeit am Stein kommen. Ich verteidige damit auf keinen Fall die Akkordlehre, sondern ziehe nur Vergleiche, denn die Schinderei in meiner Lehrzeit ist in der Wirkung auf den Körper zum mindesten ebenso schlimm, wenn nicht gar noch schlimmer wie das andere, verrufene Akkordlehrsystem. Sie taugen alle beide nichts und wir haben alle Ursache, solche Steinmetz-Werdejahre unmöglich zu machen. Das kann aber nur die Arbeiterorganisation — unser Verband. Und wenn in der neueren Zeit von den Steinmetzmeistern geklagt wird über Lehrlingsnot, dann kann dem nur abgeholfen werden, wenn auf ihrer Seite das rechte Bestreben vorhanden ist, nur einen wirklich tüchtigen und gesunden Berufsnachwuchs zu erzielen. Das heißt in erster Linie, die Lehrburschen so zu behandeln und so zu halten, daß sie mit hellen Blicken und frischem Lebensmut ihr Werkstück in Angriff nehmen!

Anschließend noch einige Zeilen über das frühere 10- bis 11stündige Arbeiten im wilden Akkordsystem mit der 14tägigen Lohnzahlung. Ja, das Maintal war ein „Eldorado" nicht nur für Lehrburschen, auch für Gesellen. Jetzt hat sich allerdings dort manches geändert, aber trotzdem schadet es nichts, das Vergangene noch einmal aufzurühren; den jüngeren Kollegen zur Beachtung!

War Sonnabends Lohnzahlung, dann kam so gegen 10 Uhr früh der schneidige Sohn des Arbeitgebers X mit seinem Rappengespann angesaust, und es dauerte nicht lange, dann wurden die Preise für die Arbeitsstücke in einer Art offenen Budenrechts von ihm bekanntgegeben. Stille herrschte dann und alles lauschte atemlos; nach dieser unheimlichen Ruhe war es dann um so lauter, ja, ein Geschimpfe setzte ein und nun begann das Feilschen über den Preis der Werkstücke, die längst schon fertiggestellt waren. Je nach dem Werkstück wurden 20 Pf. bis 3 M. oder pro laufenden Meter herausgequetscht. Unter den Handelnden und Schimpfenden waren auch einige Zwischenunternehmer. Man hörte Worte: „Ich mache Feierabend!" So etwas in die Tat umsetzen, konnte sich mit ganz wenigen Ausnahmen nur ein Lediger herausnehmen, denn die Verheirateten hatten fast alle einen Vorschuß oder ein Darlehen weg und waren damit dem Arbeitgeber mit Haut und Haaren verschrieben. Der zweiwöchentliche Verdienst schwankte zwischen 35 bis 50 M., an Rückzahlung der Darlehen oder Vorschüsse war unter solchen Umständen kaum zu denken. Um leben zu können, waren die Frauen der Kollegen gezwungen, tüchtig mitzuarbeiten, Feldarbeit wurde ja „gut" bezahlt. Mit 30 bis 35 Jahren waren die Frauen von dem aufreibenden Schaffen und Würgen schon recht zerknittert und verbraucht. Nach dem Feilschen um den Arbeitslohn verschwand der Herr Sohn mit dem Geldsack unterm Arm stromabwärts nach K. und in den anderen Betrieben begann dasselbe Spiel!

In unserem Betriebe trat dann nachmittags wieder Ruhe ein, die Mühle klapperte weiter! Montags wurde auf den immer wiederkehrenden Schrecken ein nicht zu „Kleines" angehauen. Ueblich war auch in jener Zeit, daß Pfennige nicht zur Auszahlung kamen, die wurden gutgeschrieben und am Neujahr ausgehändigt. Darauf wurde im Laufe des Jahres schon manches „Kleine" zu sich genommen.

Organisation? Das war eine böse Sache! Dafür war keine Stimmung vorhanden, schon wegen des unangenehmen Beitragzahlens; 15 und 20 Pf. pro Woche war damals Organisationsbeitrag und doch nicht zu erschwingen, nach der Auffassung unserer damaligen Kollegen. Die christliche Organisation hatte später einige Mitglieder, aber die Entlohnungsart und -weise wurde nicht geändert bis dann schließlich unsere Organisation dort Eingang fand.

Die Berufskrankheit hat schrecklich gehaust. In acht Betrieben waren damals zirka 250 Kollegen tätig. Einige davon wurden in alle Winde verstreut, und die übergroße Mehrzahl deckt schon der grüne Rasen. Daß unter diesen Umständen in der dortigen Bevölkerung keine Neigung besteht, das Steinmetzhandwerk mit Nachwuchs zu versorgen, ist nicht nur begreiflich, sondern auch richtig! Die Arbeitsgelegenheit ist bedeutend zurückgegangen; ältere Gesellen haben zum Teil den Berufsfaden verloren, ihn zerschnitten und sich anderer Beschäftigung zugewandt. Wo früher das Handwerk blühte, aber nur für die Unternehmer und Arbeitgeber reiche Frucht brachte, ist heute alles verödet, abgestorben. Nun etwa die Frage aufwerfen, ob es ein Glück oder Unglück ist, kann wohl nicht schwer beantwortet werden.

Maintal, du schönes Fleckchen deutscher Erde, du verdienst mit Recht, soweit die Steinmetztätigkeit in Frage steht, den bekannten anderen Namen, wo der Mephisto hausen soll! Lehrlingsnot — Lehrlingsleid — kurze Gesellentätigkeit — Hungerjahre mit Familie — einsames Friedhofsplätzchen! Das sind Erinnerungen und Betrachtungen in meinen Mußestunden als Steinmetz-Arbeitsinvalide. M.

Eingesandt.

Zu unserem Artikel „Von der Arbeitsmöglichkeit der städtischen Steinmetzen" sendet uns Kollege J. Mondorf, Köln, nachstehende Erwiderung, die wir im Interesse der fraglichen Angelegenheit am liebsten zurückgestellt hätten. Kollege M. gibt darin gegenüber der Redaktion in ihrer Klarlegung der Zustände, recht kleinliche Motive, die für sie niemals vorhanden waren, noch sind. Es handelt sich doch nicht darum, einige Mitglieder zu halten, und auf der anderen Seite solche zu schädigen, sondern einmal ohne Schminke auszusprechen, was ist; dann ferner einen Weg zu finden, wie der Misere abgeholfen werden kann. Eine Klärung wird so nicht erreicht werden, indem man auf die Redaktion schlecht zu sprechen ist, weil sie den Finger auf eine wunde Stelle gelegt hat. Vielleicht entspinnt sich über diese für uns wichtige Frage eine weitere Debatte im „Steinarbeiter" und die Redaktion hat nur den einen Wunsch, auch an die von ihr angedeuteten Möglichkeiten zu denken und bei der Besprechung zu berücksichtigen. Mit einer papiernen Ueberweisung der Steinmetzen in den ländlichen Bezirken an die Landwirtschaft, wie es Kollege M. empfiehlt und vertritt, ist dem Uebel nicht abgeholfen; doch hören wir den Kollegen selber:

Der Artikel: „Von der Arbeitsmöglichkeit der städtischen Steinmetzen" in Nr. 40 unserer Zeitung wird wohl von manchem Kollegen in der Großstadt nicht so recht zu verstehen sein. Ich z. B. kann es überhaupt nicht begreifen, wie die Redaktion solchen Artikel, der uns städtische Steinmetzen nicht nur ungeheuer schädigt, sondern auch das Unternehmertum unterstützt, in dieser Zeit, wo, wie sie selbst schreibt, der Kampf um die Arbeitsmöglichkeit der Steinmetzen in den Städten ein verzweifelter ist, in unserem Fachorgan veröffentlicht. Außerdem kann ich die einseitigen Begründungen überhaupt nicht anerkennen, denn der Artikel ist ja offensichtlich in dem Sinne geschrieben, daß nur ja nicht etwa einige Kollegen in den Steinbruchgebieten, die ja zum größten Teil mit noch viel mehr Ehrfurcht nach Leipzig schauen als die großstädtischen, aus dem Verbande austreten, weil sie ihren Beruf gewechselt hätten, denn daß diese Möglichkeit in den ländlichen Bezirken eher besteht, als bei uns, ist ganz selbstverständlich und eine Verschiebung der Arbeitsgelegenheit nach den Städten hieße nicht, „das Pferd am Schwanze aufzäumen". In allen Städten werden von den Stadtverwaltungen alle möglichen Bestimmungen erlassen, die darauf hinwirken, der Landwirtschaft die Kräfte wiederzugeben, die derselben nach dem Kriege dadurch entzogen wurden, daß sich viele ländliche Arbeiter von dem anscheinend hohen Lohn, der in den Städten gezahlt wurde, verleiten ließen, dorthin zu gehen. Ist es hier in unserem Falle nicht fast dasselbe? Obwohl in den Steinbruchgebieten, die ja zum größten Teil in Landgegenden sind, ja noch nicht die Stadtlöhne gezahlt werden, sie aber zum Teil doch die Löhne der Landarbeiter übersteigen, die aber durch sonstige Vergütungen ebensogut oder sogar noch besser gestellt sind als die Steinarbeiter in diesen Gegenden, ließen sich viele Kollegen durch die großen Zahlen verblenden und gingen von der Landwirtschaft, in der sie schon zum Teil arbeiteten, weg und hauptsächlich jüngere Menschen wandten sich dem Steinarbeiterberuf zu um in den Städten Arbeit zu erhalten. Daß dieser Zustand, der auf der einen Seite einem so wichtigen Wirtschaftsbetriebe die Arbeitskräfte entzieht, während auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit, die ja durch die schlechte Lage an und für sich schon groß ist, noch künstlich vergrößert wird, nicht angebracht ist, muß die Redaktion und müssen wohl auch die ländlichen Kollegen einsehen. Also wäre es zur Verbesserung der sicher elenden Lage der Steinmetzen in den Städten, ebenso im Interesse der Gesundung unseres gesamten Wirtschaftslebens absolut angebracht, wenn wir in unseren berechtigten Forderungen unterstützt würden, zum mindesten aber unsere mühselige Arbeit, die sich nun schon ziemlich lange hinzieht und nun bei uns wenigstens anfing, ein erfreuliches Resultat zu zeitigen, durch solche Veröffentlichungen nicht zu vernichten.

Daß wir nun, um unsere Forderungen durchdrücken zu können, an die Friedhofsverwaltungen herantreten, ist ganz erklärlich, denn sie sind es doch meistens, die uns durch ihre Verordnungen, die vielfach aber zur Durchführung einer gesunden und notwendigen Friedhofsreform angebracht sind, benachteiligen. Sie müssen demgemäß doch Interesse daran haben, für die Arbeitsgelegenheit, die uns auf diese Art und Weise entzogen wird, Ersatz zu schaffen.

Der Granit in der Geschichte der Baukunst.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

IV.

Erheblich größere Granitbrüche als die deutschen weisen jedoch die schwedischen und norwegischen Gebirge auf; hier liegen die größten europäischen Granitbrüche überhaupt, die sich im südlichen Schweden in der Nähe von Uddevalla befinden. Weitere Granitbrüche der skandinavischen Länder von ebenfalls mächtiger Größe befinden sich auf der Insel Malmö und Bornholm, bei Virbo und Norrstrand. Schweden und Norwegen betreiben auch eine sehr bedeutende Ausfuhr an Granit. Auch Oesterreich-Ungarn ist reich an Granitbrüchen, ebenso auch England, das solche besonders in Cornwall, Devonshire und Schottland besitzt. In Frankreich und in Afrika bildet der Granit im Gegensatz zu den gebirgigen Formationen der anderen Länder mächtige Plateaus von Tausenden von Quadratkilometern Ausdehnung. Mächtige Granitbrüche befinden sich auch heute noch in Aegypten, insbesondere bei Syene, und ferner auf den zahlreichen Nilinseln, jene Brüche, aus denen schon vor drei- bis viertausend Jahren die alten Aegypter das Gestein zu ihren kolossalen Tempeln, Pyramiden und Obelisken und damit zu der großartigsten Granitbearbeitung brachten, die die Welt je gesehen hat. Amerika endlich deckt für seinen Bedarf Granit in den sehr ausgedehnten Brüchen in Nordamerika besonders in den Staaten Massachusetts, Maine, Rhode-Island und in Kanada.

Endlich sei auch noch der erratischen Blöcke gedacht, jener mächtigen Granitsteine bis zu hunderten Kubikmeter Inhalt, die an Ecken und Kanten infolge Verwitterung abgerundet und daher von rundlicher Form, jedoch von anderer Herkunft als die eigentlichen „Findlinge", sind. Die erratischen (d. h. verirrten) Blöcke finden sich oftmals sehr zahlreich, zumeist aber immer in solchen Gegenden, die von Granitgebirgen sehr weit entfernt sind, so daß die Blöcke aus diesen Gegenden selbst nicht stammen können. Die Herkunft der erratischen Blöcke ist daher lange rätselhaft geblieben, bis die wissenschaftliche Forschung ergeben hat, daß diese gewaltigen Steine zur Eiszeit, also vor Hunderttausenden von Jahren, von den ungeheuren Eismassen aus dem Norden Europas, vornehmlich aus den skandinavischen Granitgebirgen, nach den südlicher gelegenen flacheren Ländern transportiert und hier nach dem Schmelzen der Eisberge abgesetzt worden sind. Die Richtigkeit dieser Erklärung wird dadurch bewiesen, daß das Gestein der erratischen Blöcke seiner mineralogischen Zusammensetzung und Beschaffenheit nach vollständig mit dem Granit- und Porphyrmaterial der skandinavischen Gebirge übereinstimmt. Außerdem können wir auch heute noch ähnliche natürliche Transporte von losgelösten Steinmassen und Steinblöcken von den Orten ihrer Herkunft nach anderen Gegenden und Ländern beobachten, zwar nicht in Europa, wohl aber in den Meeren, die das nördliche Amerika umspülen, wo gewaltige Eisberge mit riesigen Gesteinslasten aus der Baffinsbai nach dem Süden ziehen, bis sie an die felsigen Küstengegenden von Neufundland geraten, wo sie zerschellen und ihre Gesteinslasten fallen lassen. In den Küstenländern des Baltischen Meeres finden sich zahllose dieser Wanderblöcke, die einst in grauer Vorzeit hierher gerieten, oftmals dicht aneinandergedrängt und in den verschiedensten Größen und Formen. Noch zahlreicher finden sie sich in den ehemals vom Meer bedeckten ostpreußischen Ländern, wo sie ganze Felsenmeere bilden. In Gegenden, die arm an eigenen Gesteinsbrüchen, dagegen reich an solchen Wanderblöcken, im Volksmunde zumeist „Findlinge" genannt, sind, werden diese regelrecht als Bausteine sowohl zum Haus- wie Wegebau verwandt und sind daher in manchen Gegenden, die früher reich an „Findlingen" waren, schon ziemlich selten geworden. Im Samland, der alten ostpreußischen Landschaft an der Bernsteinküste, sind die Bauernhäuser vielfach aus mächtigen Bruchstücken erratischer Blöcke gebaut und bieten so für den Architekten wie den Steinliebhaber ein außerordentlich reizvolles und eigenartiges Bild; in zerkleinerter Form wird das Material der Wanderblöcke sowohl zu Wegpflasterungen wie auch zu Beschotterungszwecken verarbeitet. Aber auch die kunstgewerbliche Steinbildhauerei hat sich das zumeist sehr gute Granitmaterial der Findlinge zunutze gemacht. Aus einem solchen erratischen Granitblock skandinavischer Herkunft wurde beispielsweise die geschliffene Granitschale vor dem Museum in Berlin gearbeitet, die einen Durchmesser von 7 Metern hat; zur Herstellung der Schale wurde ein Drittel eines der mächtigen sogenannten Markgrafensteine benutzt, die in der Lausitz gefunden werden.

In der künstlerischen und kunstgewerblichen Steinbearbeitung wird der Granit vom Marmor übertroffen, der sich der Formgebung so viel williger zeigt als der Granit und mehr äußere Schönheit als dieser bietet. In der Baukunst aber ist, wie schon vor Jahrtausenden, so auch heute wieder der Granit ein ungleich wertvolleres Gestein, dessen innere Kraft, wie sie sich in der unvergleichlichen Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit, in der Mächtigkeit des Materials und in dem Ewigkeitsalter der aus ihm geschaffenen Werke spiegelt, hier diesem Gestein noch eine Zukunft zu schaffen bestimmt sein dürfte, wie sie der Marmor nie erwarten kann. Der Marmor ist das Gestein der Schönheit, der Granit das Gestein der Kraft.

Proletarisches Zukunftsglück.

Die Arbeitslosigkeit nimmt in erschreckender Weise zu. Damit verlieren Tausende und aber Tausende das allereinfachste wirtschaftliche Lebensrecht. Und die Glücklichen, die arbeiten können, sie müssen jetzt, wo es Arbeitskräfte genug gibt, besonders wachen, daß das Unternehmertum nicht eine Machtprobe versucht, um die kümmerliche Lebensexistenz der Proletarier noch zu schmälern. Wenn eine Zeit, dann ist es darum die gewitterschwangere Zeit der Krise, die die Proletarier zum einigen gewerkschaftlichen Zusammenschluß mahnt. Es sollte doch nicht einen einzigen Lauen mehr geben, der seine proletarische Pflicht selbst in den schwersten wirtschaftlichen Zeiten nicht erkennt.

Nicht einmal das einfachste wirtschaftliche Lebensrecht ist dem Proletarier vergönnt. Und die allerschlichtesten Voraussetzungen des Lebens muß er in starkem Zusammenschluß erringen und wahren, während sich drüben — die Dividendenlisten reden eine klare Sprache — Reichtum zu Reichtum häuft. Kann es einen tieferen Stand sittlicher Kultur geben, als ihn der Kapitalismus darstellt?

An uns liegt es, eine neue Kultur zu erkämpfen. Das ist das Große, Menschheitsfrohe unseres Kampfes, daß er mit der Niederwerfung der kapitalistischen Macht zugleich die kapitalistische Kultur vernichtet, daß er mit dem neuen Arbeitsrechte zugleich die neue Sittlichkeit bringt.

„Der größte Reichtum des Menschen", sagt Goethe, „ist das Gemüt, das groß genug ist, keinen Reichtum zu verlangen." Und im Herzen wird in dieser neuen Welt proletarischer Kultur der Reichtum wohnen. Da gibt es nicht mehr Dividenden und Coupons, da hat nicht der das größere Glück, der größeren wirtschaftlichen Reichtum hat: ein jeder hat sein Lebensrecht und alle haben die gleiche Lebensvoraussetzung. Das Glück des Ganzen ist des neuen Lebens neuer Geist. Und um so glücklicher ist jeder in dem neuen Leben, je reicher sein Herz, je tiefer sein Fühlen, je freudiger sich seine Seele einfügt in das neue Gemeinschaftssein. Und darum sind dann die die neuen Glücklichen, die schon heute jene Zukunft in sich erleben: Gemeinschaftsfühlen, Solidarität, proletarische Treue.

Und auch wird jede Friedhofsverwaltung wohl darauf bedacht sein, mit den Steinmetzen auszukommen und das wäre nicht der Fall, wenn sie uns einfach durch ihre Verordnungen Arbeit entziehen würden und uns im Ersatzschaffen nicht behilflich wären.

Von sehr wichtiger Bedeutung ist auch folgendes, mit dem auch wir unsere Forderungen begründeten, und ich möchte da auch gleich auf den Artikel in Nr. 39 unserer Zeitung „Die Lehrlingsnot im Steinmetzgewerbe" hinweisen. Hier bei uns in K., einer Stadt von fast 700 000 Einwohnern, ist zur Zeit kein einziger Steinmetzlehrling. Dieser für uns sehr bedauerliche Zustand ist darauf zurückzuführen, daß die Lehrlinge ja auch wirklich nichts bei uns lernen können, da ja doch höchstens die Schrift hier gehauen wird und zum Teil die durch den Bahntransport zerstörten Steine nachgearbeitet werden. Es ist uns nun nicht damit gedient, daß nun die Lehrlinge zum Teil in den Bruchgebieten gestellt werden, denn es ist doch ganz erklärlich, daß ihre Ausbildungsmöglichkeit weit hinter der in der Stadt zurück steht, weil ihnen der Besuch der jetzt vielfach mit guten Fachleuten besetzten Fach- und Fortbildungsschulen nicht möglich ist. Ohne nun die praktische Tüchtigkeit unserer Kollegen in den Steinbruchgebieten anzuzweifeln, ist es doch bewiesene Tatsache, daß unser Handwerk durch den vorerst geschilderten Werdegang den Charakter eines hochentwickelten Kunsthandwerks verliert, und wir damit immer mehr unsere Selbständigkeit verlieren, desto mehr von vielfach unfähigen Technikern und Unternehmern geleitet werden müssen.

Nun kann ich alle Kollegen in den Städten, die dort das Elend der Arbeitslosigkeit zur Genüge kennen und noch den genügenden Berufsstolz besitzen, nur auffordern, ihr Verlangen, wieder ein Teil der Steinmetzarbeiten in die Städte zu verlegen, wieder mit Nachdruck zu erneuern.

Dunkle Pläne.

Unter dieser Ueberschrift konnte der „Vorwärts" kürzlich ein Geheimzirkular einer Arbeitgeber-Spitzenorganisation veröffentlichen. Es hat folgenden Wortlaut:

„Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhüten. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnerhöhung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeitnehmerschaft ist die Resolution natürlich heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Gegen Teilstreiks wird die Aussperrung der Arbeiterschaft eines Bezirks angeraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schiedsspruch mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilmachungskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnerhöhungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten in den zwei letzten Monaten erheblich gefallen sind.

Neue Tarife sollten keinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Akkordarbeit genügenden Raum zu schaffen, volle Ausnützung der 48stündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlußarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vornehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilmachungskommissaren erteilte bereits generell die Genehmigung für diese Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit. Hingewiesen wird ferner auf die Einführung von Qualitätsprämien, Ersparnisprämien für Rohstoffe.

Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen der Entlohnung gelernter und ungelernter Arbeiter ist anzustreben. Sie ist im Jahre 1919 teilweise bis zu 30 Prozent verringert worden; so stieg z. B. in der Berliner Metallindustrie der Lohn des ungelernten Arbeiters von 69,2 Prozent im ersten Vierteljahr 1919 vom Lohn des gelernten Arbeiters auf 92,5 Prozent im ersten Vierteljahr 1920. Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemische Industrie beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie Ueberweisung einschlägigen Material an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau hat zunächst bei den Löhnen der Jugendlichen und Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Fragen zugehen lassen."

Im Berliner Zeitungsgewerbe sollte wahrscheinlich die Probe aufs Exempel nach vorstehendem Programm gemacht werden. In der verflossenen Woche wurde der äußerst hartnäckige Kampf, der immer größere Kreise zog und an dem zuletzt 16 000 Personen beteiligt waren, zum Austrag gebracht. Die Angestellten im Zeitungsgewerbe verlangten eine wohlbegründete Lohnaufbesserung, von der die Verleger der bürgerlichen Zeitungen nicht nur nichts wissen wollten, sondern gar einen Abbau von 20 Prozent der Angestelltenlöhne verlangten. Einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der den Angestellten eine 15prozentige Lohnaufbesserung zusprach, lehnten die Verleger kurzerhand ab und gingen aufs ganze. Wer sich nun vom technischen Personal weigerte, Aufträge oder Zeitungen aus anderen Betrieben zu drucken oder auch sonst nur muckte im Interesse der Angestellten, wurde ausgesperrt. Durch die glänzende Einigkeit der Angestellten, Buchdrucker, Buchbinder und sonstiger Arbeiter wurde den streiklustigen Verlegern ein ganz gehöriger Reinfall zu teil. Sie müssen nun neben einer durchschnittlichen Lohnaufbesserung von 15 Prozent auch noch den entgangenen Arbeitsverdienst mit 75 Prozent entschädigen; über die restlichen 25 Prozent soll ein Schiedsgericht entscheiden.

Dieser Berliner Streik, der nach Aussagen eines Regierungsvertreters eine Verschlechterung unseres ganzen Wirtschaftslebens zur Folge hatte durch seine Rückwirkung auf den Stand unserer Valuta, übt hoffentlich auch eine heilsame Lehre auf die dunklen Pläne der Arbeitgeberorganisationen aus.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, den Plänen der Arbeitgeber gegenüber eine geschlossene Kampffront zu wahren. Die Vorkommnisse auf dem Gebiet der Schlichtungsausschüsse und dem Handeln der Demobilmachungskommission in den letzten Monaten haben gezeigt, wieweit es den Arbeitgebern bereits gelungen ist diese Schlichtungsinstanzen zu beeinflussen. Das oben angeführte Geheimzirkular brüstet sich damit noch besonders und will weiter Presse, Betriebsräte und Gewerkschaftsführer einwickeln! Gelernt haben die Arbeitgeber nichts. Sie merken nicht, daß sie mit ihrem Geheimzirkular auf einem Vulkan herumtanzen. Fortwährend wird an der Entlohnung herumgebohrt, als wenn eine Herabsetzung der Löhne das Allheilmittel für den Aufschwung unseres Wirtschaftslebens wäre; daneben wird fortwährend versucht, gegen den Achtstundentag anzurennen. Die Arbeitgeberzeitung bringt in ihrer Ausgabe vom 10. Oktober einen Leitartikel: „Wie lange noch Achtstundentag?" Alles wirtschaftliche Unheil und alle wirtschaftliche Not ist nach dem dort niedergelegten Gedankengang durch den Achtstundentag hervorgerufen, es wird von einem „Verhängnis für die Industrie wie für das Handwerk" geschrieben. Eine nette Illustration bei der herrschenden Arbeitslosigkeit und verkürzten Arbeitszeit. Wir Arbeiter können den Schmerz schon nachfühlen, wenn sich biedere Handwerksmeister gegenseitig anjammern, daß die Arbeiter nicht mehr 10—12 Stunden in den Betrieben herumwuddeln, und sehen wir uns diese Arbeitgeber genauer an, dann sind die lautesten Rufer in dem Streit auch die körperlich wohlbestellten. Der Achtstundentag ist ein unantastbares Gut der Lohnarbeiterschaft, Angestellten und Beamten, das möchten doch endlich einmal die Arbeitgeber einsehen lernen. Ein Lohnabbau kann erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn die Preise längere Zeit abgebaut sind und die Arbeiterschaft die Entbehrungen in Kleidung, Schuhwerk usw. hat ausgleichen können. In der Jetztzeit, wo Hunderttausende arbeitslos sind oder verkürzt arbeiten, ist es wirklich Wahnwitz, mit solchem Programm sich hervorzuwagen. Die Arbeitgeber bleiben in ihren Organisationen immer dieselben, sie haben schon manches mit ihren Syndicis hinter verschlossenen Türen ausgeheckt; die Not der Arbeiterschaft, die innerpolitischen Folgen hat noch nie ihre Beschlüsse beeinflußt, wurde auch bei diesem neuesten Beschluß nicht berücksichtigt. Mit solcher „Gefühlsduselei" geben sie sich nicht ab. Die Arbeiterschaft sieht ohne Zweifel die richtigen Lehren aus der Angelegenheit und weist alle jene Elemente, die ihre Reihen zu lockern drohen, energisch zurück. Geschieht das, dann werden die dunklen Pläne der Arbeitgeberorganisationen ins Gegenteil umschlagen. Nicht Abbau der Löhne — sondern Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten ist Parole der Arbeiterschaft, und nicht zuletzt in der Steinindustrie!

Aus den Zahlstellen.

Wildschütz. Am Freitag, dem 8. Oktober, hielt die Zahlstelle ihre dritte Quartalsversammlung ab, in der die Kollegen fast vollzählig vertreten waren. Der Vorsitzende, Kollege Holzweißig, widmete bei Eröffnung der Versammlung dem zu früh verschiedenen Kollegen Staudinger folgenden Nachruf: „Kollegen! Ein harter Schlag hat die Arbeiterbewegung, insbesondere die Steinarbeiterbewegung, getroffen. Unser Vorsitzender, Kollege Staudinger, ist nicht mehr. Mit ihm ist ein wertvolles Stück Verbandsgeschichte zu Grabe getragen worden. Wer Alois Staudinger in seinen Jugendjahren kennen gelernt hat als Stürmer und Dränger im Kampf ums Dasein, dem wird aufrichtige Trauer erfüllen. Wer seine aufreibende Tätigkeit im Interesse unser aller verfolgt hat, der wird nicht verkennen, daß ein Kollege von uns gegangen ist mit eiserner Energie, ein Mensch mit außerordentlich reichem Wissen. Seien wir uns der Größe des Verlustes bewußt. Sein ganzes Leben war ein Kampf mit dem alles unterdrückenden Kapital. Sein sehnlichster Wunsch war, jeden Menschen frei zu sehen. Zu früh schied er von uns. Wir haben die Pflicht, mitzuarbeiten, damit sein Wunsch in Erfüllung geht. Ehre seinem Andenken!" Die Versammelten hatten sich bei dem Nachruf von ihren Plätzen erhoben. Der Vorsitzende dankte dafür. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Zickert den Kassenbericht, der vom Revisor, Kollegen Müller, als richtig bestätigt wurde; dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Im zweiten Punkt wurden die neuen Statuten einer eingehenden Besprechung unterzogen, so daß die Kollegen nun wohl im Bilde sein werden über die ihnen obliegenden Pflichten und zustehenden Rechte. Im dritten Punkt wurde die Neuwahl des Vorsitzenden erledigt, die sich durch den Berufswechsel des Kollegen Holzweißig notwendig machte. Es sei auch an dieser Stelle dem scheidenden Vorsitzenden nochmals der ungeteilte Dank der Belegschaft ausgesprochen für seine uneigennützige Tätigkeit. Als Vorsitzender wurde der Kollege Otto Groß, Schilderhain bei Schildau mit allen Stimmen gewählt. Außerdem wurde noch der Kollege Ackermann als Schriftführer in den Vorstand gewählt. Hiermit war das Gewerkschaftliche der Tagesordnung erledigt, es kam nun die rein wirtschaftliche Seite zur Erledigung und bekundeten auch hier die Kollegen ihre Bereitwilligkeit, die gefaßten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen.

Wunsiedel. Am 7. Oktober fand im Gewerkschaftsheim unsere ziemlich gutbesuchte Quartalsversammlung statt. Neben anderem wurde hauptsächlich über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter debattiert. Die Ausführungen sämtlicher Redner gipfelten darin, daß die Lohnverhältnisse gegenüber andern Verbänden bzw. gegen die gegenwärtige Lebenshaltung viel zu niedrig seien. Entweder es müßte von seiten des Zentralverbandes energisch für einen Preisabbau eingetreten werden, oder es müßte notgedrungen eine entsprechende Lohnerhöhung eintreten. Wie es mit dem vielgerühmten Preisabbau aussieht, wird jedem zur Genüge bekannt sein. Ein drastisches Beispiel, wie die Löhne gegenüber anderen Verbänden differieren, sei hier angeführt. Die Firma A. Bruchner, Wunsiedel, unterhält u. a. auch einen Kalksteinbruch. Die dort tariflich festgelegten Löhne betragen für Vollarbeiter pro Stunde 3.80 M. Nun arbeitet seit längerer Zeit einer dieser Kalksteinarbeiter, nebenbei bemerkt, ein älterer Mann, in der Schleiferei als Hilfsarbeiter. Nun haben wir das sonderbare Verhältnis, daß für die gleiche Arbeitsleistung laut Tarif dem einen 3.80 M. pro Stunde bezahlt werden, während die andern im besten Mannesalter stehenden Hilfsarbeiter laut Reichslohntarif mit 2.70 M. pro Stunde entlohnt werden. Daß ein derartiges Entlohnungsunikum böses Blut unter den Beteiligten macht, ist leicht erklärlich. Sache des Steinarbeiterverbandes soll es sein, die Lohnverhältnisse denen der anderen Verbände möglichst anzupassen.

Rammelsbach. In demultramontanen „Pfälzer Volksboten" Nr. 225 erschien ein Artikel mit der Ueberschrift „Rote Betriebsräte am Remigiusberg als Denunzianten". Der Artikel spricht von Fanatismus und Arbeiterentlassung des roten Betriebsrats, gemeint ist der Betriebsrat bei der Firma Göttel u. Sick, Theisbergstegen. Die Namen des Betriebsrats sind Wilhelm Decker, Fritz Jung, Daniel Theis, Daniel Jung, Jakob Theobald. Wir wollen der Oeffentlichkeit den richtigen Sachverhalt nicht vorenthalten. Der Steinarbeiter A. Sch. aus Hachbach trat vor ¼ Jahr aus dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands aus und in den der Christlichen über. Unserseits wird keinem Kollegen ein Hindernis in den Weg gelegt, wenn er sich mit dem Gedanken trägt, daß anderswo seine Interessen besser vertreten werden als bei uns. Wenn wir auch niemals einen Kollegen gern verlieren, zumal wenn er ein offener Charakter ist, kollegial denkt und handelt, sowie soziales Gefühl besitzt und all das in die Tat umsetzt. Aber bei diesem Kollegen trifft das alles nicht zu, und deshalb ist es durchaus kein Verlust. In dem betreffenden Artikel heißt es wörtlich: „Ein christlicher Arbeiter von dem roten Betriebsrat entlassen." (Eine bewußte Unwahrheit.) Wir fragen den Artikelschreiber: „Kann der Betriebsrat Arbeiter entlassen, oder kann der Betriebsrat den § 123 der R.G.O. außer Kraft setzen?" Wenn das die Christlichen fertig bringen, soll es recht sein, wir bringen es nicht fertig. — Echt christlich benutzt man die gewohnte und verwerfliche Taktik: Der Arbeiter sei entlassen worden, weil er bei der roten Gewerkschaft ausgetreten, und in das Lager der christlichen Volksbeglücker hinübergegondelt ist. In Wirklichkeit liegt der Sachverhalt ganz anders. Der betreffende Arbeiter hatte sich ohne Erlaubnis zirka 400 Pflastersteine aus dem Steinbruch der Firma Göttel u. Sick mit nach Hause genommen. Die Firma erblickte darin eine strafbare Handlung des Arbeiters und entließ ihn ohne einen Beschluß des Betriebsrates. So kurz der Entlassungsgrund. Auch schreibt der Artikel von Haussuchung durch die französische Besatzungsbehörde, anonymen Briefen und dergleichen. Damit können wir uns als Gewerkschaftler nicht befassen, wir verurteilen das aufs schärfste und raten den Christen, mal in ihrem Lager umzuschauen, vielleicht ist es möglich, den anonymen Briefschreiber dort zu entdecken. Zum Schluß heißt es in dem Artikel: „Nach der Revolution scheint sich in der Gegend eine saubere Gesellschaft gebildet zu haben." Darüber könnte der Oeffentlichkeit auch gründlich Aufschluß gegeben werden. Christliche Lebensmittelablieferung usw. Wenn es verlangt wird, fällt es gewiß nicht zu ihrem Gunsten aus. Dann appelliert der Artikelschreiber noch an die christlich denkenden Arbeiter, damit sie aus dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands zum christlichen Verband übertreten. Unserseits erreicht der Mahnruf nicht an die christlich denkenden, sondern an die christlich handelnden Kollegen, laßt euch nicht einfangen von jenen christlichen Volksbeglückern; wir stehen doch mit 2000 freiorganisierten Steinarbeitern einer verschwindenden Minderheit von 25 Christlichen gegenüber, das beweist, daß wir keine einseitige Politik treiben und lassen uns durch das Wort christlich durchaus nicht irre machen. In unsern Gewerkschaftsversammlungen werden nur rein wirtschaftliche Fragen behandelt. Das andere scheidet aus. Im übrigen wissen unsere Kollegen wohl die christliche Absicht zu erkennen; die Löhne werden etwa nicht besser, wenn die Notwendigkeit der Aufbesserung mit salbungsvollen Redensarten begründet wird, sondern da muß schon anders aufgefahren werden. Der Artikelschreiber des „Pfälzer Volksboten" mag nur aus seiner Dunkelkammer heraustreten, damit wir sehen können, wes Geisteskind er ist; hat er dazu keinen Schneid, dann möge er seine Zersplitterungsversuche in andern Gebieten versuchen, bei uns blüht ihm kein Weizen. Verleumdungen und Verdrehungen sind noch lange nicht Wahrheiten, wenn sie mit dem Wort „Christlich" verbrämt werden. Und den Heimarbeiter, der 400 Pflastersteine nach Hause schleppt, um sie dort zu bearbeiten, den schenken wir ihnen gern. „Gleiche Brüder, gleiche Kappen!"

Solnhofen. Bezirkskonferenz. Am 10. Oktober fand in Treuchtlingen eine Bezirkskonferenz der Jura-Marmorarbeiter und der Lithographiesteinarbeiter statt unter Leitung des Bezirksvertreters Kollegen Gegernagel und des Gauleiters Max Lohle. Der Bezirksleiter eröffnete unter kurzer Begrüßung der Delegierten und wies zugleich hin auf die Notwendigkeit der Konferenz. Zum Schriftführer wurde Kollege Pappler gewählt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Die letzte Lohnbewegung. 2. Das Verhalten der Kollegen und der Betriebsräte bei Einstellungen und Entlassungen. 3. Bezirksleiterfrage und Zusammenlegung der Zahlstellen. Im ersten Punkte: Lohnbewegung, referierte Gauleiter Lohse. Die Delegierten brachten Tatsachen ihrer Unternehmer vor, die alle Hebel in Bewegung setzen, die Lage ihrer Arbeiter aufs höchste zu gefährden. Es wurde daher beschlossen, mit allen Mitteln dagegen einzuschreiten. Im zweiten Punkte: Einhaltung, Entlassung und Aufgabe der Betriebsräte. Schilderte Kollege Lohse in kurzen Worten das neue Betriebsrätegesetz mit seiner praktischen Handhabung besonders bei Entlassungen, weil viele Betriebsräte so wenig Gebrauch davon machen und dadurch viele ihrer Kollegen schädigen. Alle Anwesenden beteiligten sich an der regen Aussprache. Der wichtigste unter allen Punkten war Punkt 3. Von den Delegierten wurde Für und Wider erwogen. Es wurde dann gegen 6 Stimmen die Bezirksleiterfrage zurückgestellt bis Februar 1921. Drei Kollegen enthielten sich ihrer Stimme. Im Schlußwort legte Gauleiter Kollege Lohse den Delegierten ans Herz, beständig in Fühlung zu bleiben mit den andern Kollegen und sie stets aufmerksam zu machen auf die Versuchungen, die in jetziger Zeit an uns herantreten. Die Konferenz wurde mit einem Nachruf für den verstorbenen Kollegen Staudinger geschlossen.

Marktbreitach. Am Sonntag, dem 10. Oktober, fand Monatsversammlung mit Quartalsabrechnung statt. Bevor man jedoch zur Tagesordnung überging, wurde in erster Linie unseres verstorbenen Verbandsvorsitzenden Kollegen Staudinger in ehrenvoller Weise gedacht, wobei besonders hervorgehoben wurde, daß der Steinarbeiterverband einen unersetzlichen Verlust erlitten hat. Ebenso wurde auch unseres verstorbenen Kollegen Lutsch aus der hiesigen Zahlstelle gedacht. Die Rechnungsablage wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Beschlossen wurde, daß die Wochenbeiträge nach dem Stundenlohn genau bezahlt werden müssen, der Lokalbeitrag blieb in seiner bisherigen Höhe von wöchentlich 20 Pfennig. Anerkennend war diesmal, daß sämtliche Kollegen erschienen waren, möge dieses auch in Zukunft so weiter bestehen.

Leipzig. Am 12. Oktober fand unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Bevor wir zur Tagesordnung übergingen, gedachte der Vorsitzende in warmen Worten unseres verstorbenen Verbandsvorsitzenden Kollegen Alois Staudinger, worauf ihm zu Ehren die Kollegen sich von ihren Plätzen erhoben. Der Kassierer gab den Bericht vom 3. Quartal, der einen Kassenbestand von 10 061.70 M. ergab. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß am 11. Oktober die Marmorarbeiter der Zahlstelle auch mit in den Streik getreten sind. Die zu den neuen Bedingungen in Arbeit stehenden Kollegen treten den Mehrbetrag von 55 Pf. pro Stunde an die Streikkasse ab. An Stelle des aus dem unbesoldeten Zentralvorstand ausscheidenden Kollegen Timpel wurde Kollege Haug einstimmig gewählt.

Horuberg i. Schwarzwald. Am 10. Oktober fand im Gasthaus zum Tannhäuser unsere Quartalsversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende unserem verdienten Zentralvorstand Alois Staudinger einen Nachruf. Die Kollegen hatten sich von ihren Plätzen erhoben. Kollege Meier gab hierauf Bericht von den Kartellsitzungen, aus dem mit Freude entnommen wurde, daß auch hier die Arbeiterschaft vom Gewerkschaftskartell mit Schuhe und Wäsche versorgt wird. Der Kassierer erstattete Bericht vom 3. Quartal, die Revisoren bestätigten die Abrechnung, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Der Vorsitzende erklärte die Vorlage des neuen Lohntarifs, berichtete auch zugleich, daß diese vom Arbeitgeberverband abgelehnt ist mit dem Hinweis auf die Absatzstockung und sie keine Lohnerhöhung eintreten lassen können. Die Arbeiterschaft ist sich aber einig, daß nach einer solchen rapiden Steigerung aller Lebensmittel ein Ausgleich geschaffen werden muß, weshalb der Gauleiter ersucht wurde, beim Arbeitsministerium weitere Schritte zu unternehmen zur Schlichtung dieses Lohnstreites. Durch Abstimmung wurde der alte Ortszuschlag beibehalten.

Rundschau.

Ein bedauernswerter Unglücksfall, bei dem der Steinbrecher August Hertel aus Grimma schwer verletzt wurde, ereignete sich im Steinbruch Döbitz b. Taucha. Pächter Herr Engelmann, mit dem schon seit Monaten keine rechte Verständigung über die Lohnzahlung zustande kommen will. Die länger bei ihm beschäftigten Pflastersteinarbeiter bezeichnet er fortwährend als Stümper, und um nun diesen zu zeigen, wie angeblich richtig gearbeitet wird, holte er Brecher und Pflastersteinarbeiter aus Grimma. Tags zuvor hatten die bisherigen Brecher trotz ihrer Warnung an den Bruchmeister Burkhardt, an einem vorspringenden Felsen geschossen; die Wirkung des Schusses wurde jedoch vom Bruchmeister durchaus nicht festgestellt und ohne Beachtung der Sicherheitsvorkehrungen (Taue, Rettungsgürtel) arbeiteten die hinzugezogenen Grimmaer Kollegen an der Wegräumung der Sprengstücke und des Gerölls. Schließlich stürzte der obengenannte Brecher mit einem Steinbrocken, auf dem er stand, 12 Meter in die Tiefe. Hier scheint ein grober Verstoß der Unfallvorschriften durch den Bruchmeister vorzuliegen, der strengste Untersuchung des Vorfalls erheischt.

Aus der Steinindustrie. Versammlung des Reichsverbandes der deutschen Pflastersteine und Schotterindustrie fand am 27. September in Dresden statt. Dem „Steinbruch" entnehmen wir, daß eingehende Besprechungen über Preisvereinbarungen stattgefunden haben. Es sollen für jeden Bezirksverband Richtpreise aufgestellt und diese in Uebereinstimmung mit den Nachbargruppen gebracht werden. Diese Richtpreise sollen als Grundlage dienen für eine Sitzung der Außenhandelsnebenstelle für Natursteine. Im weiteren wurde der Reichsarbeitsvertrag besprochen und die Errichtung eines eigenen Tarifamts gemäß § 28, Arbeitszeit in den Steinbrüchen § 5. Ueber diese beiden Punkte soll mit den Vertretern der Arbeitnehmer-Organisation mündlich verhandelt werden. Etwaiges Vorgehen bei den zuständigen Behörden wegen Erteilung von Aufträgen (produktive Erwerbslosenfürsorge), über Beteiligungsmöglichkeiten bei Wiedergutmachungsverträgen, Anstellung eines Geschäftsführers und die Aufstellung einer einheitlichen Arbeitsordnung zeitigte bestimmte Beschlüsse. Ferner beschäftigte man sich mit den Normen für Pflaster- und Bordsteine und wählte eine Pressekommission, die den Tageszeitungen über die Lage und Wünsche der deutschen Steinindustrie Material überweisen soll. — Diese Einrichtung haben fast alle Industriezweige, sie ist im Interesse der Steinindustrie gewiß seit Jahren ein Bedürfnis und kann auch heute noch für die Naturstein-Verwendung Gutes leisten, wenn nicht, was wir befürchten, bei all diesen Mitteilungen für die Oeffentlichkeit der privatkapitalistische Pferdefuß herausleuchtet; doch wollen wir abwarten und dann urteilen. In diese Pressekommission wurden die Herren Dir. Dr. Barkhausen, Frischmuth, Georg Zachmann gewählt, letzterer als Vorsitzender.

Der Verband deutscher Marmor-Industrien hat seinen Namen ebenfalls abgekürzt und nennt sich: „Verdema". — Wir teilen es zur Vervollständigung des Wortschatzes in der Steinindustrie mit; wenn diese Bildung so weitergeht, bringen wir gelegentlich die ganze Sammlung.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919. Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 2 866 012, davon 666 392 weibliche am Ende des Jahres jedoch 7 338 123 (1 612 636 weibliche). Es wurden also fast viereinhalb Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5 479 073 gegen 1 648 313 im Jahre 1918. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52 gegen 48 im Jahre 1918. Sie wäre noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verschmelzungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweigvereine betrug 23 862 gegen 10 044 im Jahre vorher. Sie hat sich also ebenfalls mehr als verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Werbearbeit die deutschen Gewerkschaften noch neben ihrem wahrhaftig nicht geringen Maße anderer Arbeit geleistet haben.

Eingenommen wurden für Eintrittsgelder 2 867 289 M., Verbandsbeiträge 185 954 818 M., örtliche Beiträge 43 698 827 M., Extrabeiträge 595 722 M., von arbeitenden Mitgliedern in Streikorten 57 181 Mark, Zinsen 4 063 461 M., sonstige Einnahmen 10 669 516 M. Die Gesamteinnahme betrug 247 306 838 M. Ausgegeben wurden für Unterstützungen 44 942 793 M., für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 45 300 049 M., für Bildungszwecke 15 609 812 M., für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 36 207 477 M. Die Verwaltungskosten betrugen 59 348 578 M., davon persönliche 6 984 344, sächliche 5 484 917 und Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gaue 46 879 317 M. Die Gesamtausgabe betrug 201 406 709 M., das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Hotelangestellten und

der Metallarbeiter) 133 180 609 M., davon in den Hauptkassen 107 503 081 M.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Geldverkehr bei den Gewerkschaften sich ganz gewaltig entwickelt hat, aber auch ferner, daß ihre Kassen stark in Anspruch genommen werden müssen.

Die Genossenschaftsschule des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg wurde am 4. Oktober eröffnet. Auf dem Grundstück der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Beim Strohhause 16, ist ein Gartenhaus zur Verfügung gestellt, das nach den nötigen Umbauten für Hörer und Lehrer angenehme und zweckmäßige Arbeitsräume bietet. An der Ausschmückung beteiligten sich die Revisionsverbände, die Genossenschaftszentralen und die genossenschaftlichen Organisationen Hamburgs durch namhafte Spenden. Die erforderlichen Möbel wurden durch genossenschaftliche Betriebe in vorzüglicher Ausstattung geliefert.

An der einfachen Eröffnungsfeier nahmen neben Hörern und Lehrern die Mitglieder der Ausbildungskommission und Vertreter der örtlichen Genossenschaften teil. Nach kurzen Einleitungsworten Heinrich Kaufmanns und Verlesung zahlreicher Glückwunschtelegramme hielt Heinrich Lorenz die Eröffnungsrede, in der er die Aufgaben und die Bedeutung der Schule, die von den Genossenschaften aus eigener Kraft und eigenen Mitteln errichtet und erhalten werde, knapp und anschaulich schilderte. Namens des Lehrerkollegs hielt Heinrich Sierakowsky eine kleine Ansprache, in der er die Pflicht der genossenschaftlichen Erziehung und Durchbildung erläuterte.

Der erste Halbjahreskursus, an dem zwanzig Hörer aus allen Teilen des Reiches teilnehmen, begann am 6. Oktober seine Tätigkeit. Der mündliche Unterricht erstreckt sich auf alle für die praktische und theoretische genossenschaftliche Wirksamkeit wesentlichen Wissensgebiete und soll die Teilnehmer zur Uebernahme leitender Stellungen in der Genossenschaftsbewegung befähigen. Den Hörern wird durch die Organisation, in deren Dienst sie stehen, das Gehalt weitergezahlt; die Kosten [illegible]

Unsachliche Behinderung konsumgenossenschaftlicher Tätigkeit. Seit Jahr und Tag sehen sich die verschiedenen Organe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine immer wieder genötigt, den Kampf gegen bureaukratische Behörden zu führen, die sich weigern, den Konsumvereinen die Rechte zuzugestehen, die ihnen nach den Richtlinien des Reichsernährungsministeriums über die Belieferung der Konsumvereine gebühren. In zahlreichen Fällen bedurfte es erst recht energischer Vorstellungen bei den höchsten Instanzen, um die meistens aus unzulässigen mittelstandsfreundlichen Erwägungen oder aus übertriebener Bequemlichkeit und Abneigung vor Umstellungen widerstrebenden unteren Behörden auf den rechten Weg zu führen. Die Verweigerung der den Vereinen zustehenden Waren führt natürlich zu großen Unannehmlichkeiten für die betroffenen Mitglieder, denen zugemutet wird, ihren Bedarf außerhalb des eigenen Geschäfts zu decken, und setzt sie in begreifliche und berechtigte Erregung. Es wäre wirklich angebracht, solche unnötigen Plackereien zu unterlassen. Es herrscht ohnehin doch wahrlich genügend Unruhe und Unzufriedenheit!

Arbeitsrecht und Arbeitsglück. Die vom holländischen statistischen Zentralbureau herausgegebene „Monatsschrift" veröffentlicht sehr lehrreiche Zahlen über die Auswanderung der Proletarier nach Amerika. Danach ist das gelernte Proletariat im geringsten Maße an der Auswanderung beteiligt, nämlich nur mit 33,5 Prozent. Das war das Verhältnis in den Jahren 1918/19. Den Jahren vor war die Zahl der gelernten Proletarier größer, doch hat sie von Jahr zu Jahr abgenommen. Wir gehen nicht fehl, wenn wir die Abnahme mit dem zunehmenden Arbeitsrechte begründen, das sich die gelernten Proletarier immer mehr durch ihren Kampf errungen haben. Je aufgeklärter die Arbeiterschaft ist, um so besser weiß sie sich selbst ihr Arbeitsglück zu schaffen. Das zeigt uns auch die Tatsache, daß von dem gesamten internationalen, in den Jahren 1917/18 auswandernden Proletariat 19 Prozent Landarbeiter waren. Die Auswanderung ist damit nicht nur eine rein wirtschaftliche Fehlerscheinung, sondern in hohem Maße auch ein Spiegelbild von dem Stande des Arbeitsrechts, das sich eine aufgeklärte Arbeiterschaft in der Heimat erringt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ortskassierer! Ausschneiden und aufbewahren!

Einige Zahlstellen, die früher vom Verbandsvorstand dazu bestimmt waren, die Reiseunterstützung auszuzahlen, zahlen unberechtigterweise auch jetzt nach Einführung der Erwerbslosenunterstützung die Reiseunterstützung noch besonders aus.

Es sei deshalb nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß mit Einführung der Erwerbslosenunterstützung die Reiseunterstützung in der früheren Form abgeschafft ist. Es gibt auf der Reise jetzt ebenfalls nur die Erwerbslosenunterstützung wie bei [illegible] am Ort oder bei Krankheit. Alle Unterstützungen [illegible] aufgerechnet und [illegible] ist.

Weiter sind die Ausführungsbestimmungen auf Seite 16 unter C des Statuts nicht mehr zutreffend.

1. Gibt es keine Reisekontrollkarten mehr. Es gilt die Kontrolle [illegible] am Ort.

2. Sind keine Zahlstellen besonders bestimmt, die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung auf der Reise vorzunehmen, sondern diese kann in der Zahlstelle erhoben werden, wo gerade am [illegible]

3. Der [illegible] an den Reisenden sowie die Verrechnung mit der Hauptkasse erfolgt auf Grund der Belege aus dem Block [illegible] Der Reisende hat deshalb [illegible] Block [illegible] Belage werden bei der Verrechnung [illegible]

4. [illegible] auf der Reise [illegible] ist in jedem Fall [illegible] einzutragen.

5. [illegible] der früheren Reiseunterstützung [illegible] nicht mehr [illegible] Es bleibt jedoch den Zahlstellen überlassen, [illegible] Blocks zum Ausfüllen lokaler Unterstützungen zu verwenden.

•

[illegible]

•

[illegible]

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

[illegible]

Abrechnung der Hauptkasse
vom 2. Quartal 1920.

Einnahme.

	M.
An Guthaben aus den Zahlstellen vom 1. Quartal 1920	47 956.10
„ Eintrittsgeld	2 899.—
„ Beiträgen à 100 Pf.	209 059.—
„ „ à 80	164 047.20
„ „ à 60	29 131.20
„ „ à 30	2 443.20
„ Erwerbslosenmarken à 20 Pf.	4 242.80
à 10	86 80
Für geliefertes Material an die Zahlstellen	6 262.13
Abonnements und Inserate	3 109.91
Zu viel gesandte Streikunterstützung, sonstige Einnahmen (Zinsen usw.)	10 880.27
à conto-Zahlungen der Zahlstellen auf 3. Quartal 1920	4 396.20
Summa	644 515.81

Ausgabe.

Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:		
a) Gauleitungen	57 750.43	
b) Zentralvorstand	2 960.72	
c) Zuschuß für Lokalangestellte	21 040.46	
d) Tarifberatungen (Reichs- und Bezirkstarife)	5 419.97	87 191.58
Für Unterstützungen:		
a) Arbeitslosenunterstützung	14 864.80	
b) Reiseunterstützung	280.35	
c) Krankenunterstützung	34 102.95	
d) Sterbeunterstützung	1 665.—	
e) Streikunterstützung	149 548.42	
f) Gemaßregeltenunterstützung	687.89	
g) Umzugsunterstützung	150.—	
h) Notfallunterstützung	830.—	
i) Rechtsschutz	756.60	202 886.01
Für Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	25 546.30	
b) Versicherungsbeiträge	2 275.50	
c) Pensionen und Vorstandssitzungen	1 380.60	
d) Verbandsausschuß	700.—	
e) Aushilfe im Bureau	4 637.70	
f) Mankogeld	75.—	34 215.10
Für Verwaltung (sachliche):		
a) Bureaureinigung, Heizung, Licht	3 976.75	
b) Telephon, Schreib- und Packmaterial	1 921.15	
c) Porto, Bestellgeld, Strafporto	2 340.—	
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	28 496.15	
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	56 136.40	
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	7 636.—	
g) Verwaltung und Depotspesen für Wertpapiere	222.40	
h) Postscheckgebühren	72.10	
i) Sonstige Ausgaben	476.93	101 277.88
Für Verbandsorgan:		
a) Redaktion	4 619.90	
b) Honorar für Mitarbeit	112.—	
c) Expedition	1 670.44	
d) Druckkosten und Papier	125 292.50	
e) Adressen und Streifbänder für Versand	2 271.25	
f) Porto, Fracht und Rollgeld	9 011.30	
g) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	522.35	143 500.74
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	1 685.65	1 685.65
Sonstige Ausgaben:		
Beitrag a. d. Deutschen Gewerkschaftsbund	2 290.25	
Delegation und Konferenzen	69 121.88	
Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen	68 387.25	
Guthaben der Zahlstellen vom 1. Quartal 1920 zurück	6 115.41	146 214.79
	Summa	716 971.75

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1920	1 168 259.70
Einnahme 2. Quartal 1920	644 515.81
Bestand und Einnahme	1 812 775.51
Ausgabe 2. Quartal 1920	716 971.75
Bleibt Bestand der Hauptkasse	1 095 803.76
Davon waren beim Abschluß noch in den Lokalkassen	37 506.74
Bleiben in der Hauptkasse	1 058 297.02

Leipzig, im Oktober 1920. Ludwig Geist, Kassierer.

Die Revisoren: Paul Möckel, Heinrich Caspari, Richard Katschmann.

Abrechnung der Zahlstellen
für das 2. Quartal 1920.

Einnahme.

	M.
An die Hauptkasse nicht abgesandte Gelder	37 506.74
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	68 387.25
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	136 172.74
Sonstige Einnahmen	44 762.61
Extrasteuer	21 228.20
Sammellisten	1 757.—
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	6 115.41
Summa	315 920.95

Ausgaben.

Erwerbslosenunterstützung am Ort	11 712.91
auf der Reise	891.79
bei Krankheit	12 061.65
Streikunterstützung	12 324.15
Gemaßregeltenunterstützung	431.77
Sterbeunterstützung	205.—
Notfallunterstützung	3 864.80
Agitation	12 394.18
Verwaltung, persönliche	52 856.18
sachliche	25 256.69
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	14 745.54
Delegationen und Konferenzen	25 440.76
Sonstige Ausgaben	18 753.41
Guthaben bei der Hauptkasse	3 965.85
Bestand der Hauptkasse zurück	47 956.10
Summa	242 860.68

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1920	295 776.13
Einnahme im 2. Quartal 1920	315 929.95
Bestand und Einnahme	611 706.08
Ausgabe im 2. Quartal 1920	242 860.68
Bleibt Bestand	368 845.45
Davon gehört der Hauptkasse	37 506.74
Bleibt Barbestand für die Lokalkassen	331 338.71

Leipzig, im Oktober 1920. Ludwig Geist, Kassierer.

Adressenänderungen.

Die Angaben sollen deutlich erfolgen. Sehr oft müssen wir die Namen direkt erraten. Ist es dann falsch, kommen unvermeidliche Richtigstellungen und das Rätselraten beginnt von neuem.

2. Gau.

Groß-Kunzendorf. Vors.: Josef Hannig.

Schlegelswalde. Kass.: Paul Berger, Kieferbergstr. Nr. 112.

3. Gau.

Meißen II. Vors. und Kass.: Arthur Dachsel, Zadel, Post Diera, Nr. 1b.

Wildschütz. Vors.: Otto Groß, Schilderhain b. Schildau, Kreis Torgau.

4. Gau.

Hannover. Der Gauleiter Ernst Winckler wohnt jetzt: Engelbosteler Damm 129, I.

Kassel. Vors.: Heinrich Kraft, Frankfurter Str. 137, Kass.: Franz Anthor, Schönfelder Str. 54.

5. Gau.

Bellheim (Dillkreis). Vors.: Karl Anforg, Kass.: Wilhelm Steiffer.

Köln I. Kass.: Karl Drißler, Perlengraben 80, IV.

[illegible]. Kass.: Wilh. Strobender, Bohwinkel, Rheinland, Bohnstr. 113, Bez. III.

Münster i. Westf. Vors.: Heinr. Röpekamp, Industriestr. 8, Kass.: Peter Biehof, Libnstr. 30a.

6. Gau.

Asbach i. Odenwald (Post Ernsthofen). Vors.: Otto Rödel.

Bensheim a. d. Bergstraße. Kass.: Jos. Blab, Beinengustr.

7. Gau.

Welbersberg, Post Brand, Oberfr. Vors.: Hans Röder, Kass.: Hans Bock.

Weidenberg, Oberfr.: Vors. u. Kass.: Georg Rabenstein, H. Nr. 82.

Kiefersfelden (Oberbayern). Vors.: Paul Elmerer.

8. Gau.

Römhild b. Hildburghausen, S.-M., Thür. Vors.: Karl Bernhardt.

Kaltennordheim i. d. Rhön. Kass.: Wilh. Holland, Kaltenlengsfeld.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Die Nr. 5 der **„Betriebsrätezeitung"** des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist erschienen. Ihr Inhalt ist ebenso reichhaltig und lehrreich wie die bereits herausgegebenen Nr. 1 bis 4. Für die Zahlstellen unseres Verbandes lag die Nr. 5 dieser laufenden Steinarbeitersendung bei. Es wird nochmals dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Betriebsrätezeitung in den Zahlstellen zu sammeln, damit der ganze Jahrgang eventuell gebunden werden kann.

„Der Reisegenosse", Monatsschrift zur Förderung und Wahrung der Interessen aller Ferien- und Erwerbslos-Reisenden innerhalb der werktätigen Bevölkerung. Diese neue Zeitschrift wird vom „Volks-Reise-Verband" Berlin-Neukölln, Münchener Straße 53, herausgegeben, er will der reisenden Arbeiterschaft bessere Reise- und Aufenthaltsbedingungen ermöglichen. Dazu wird ein Monatsbeitrag von [illegible] M. und ein Einschreibegeld von 3 M. erhoben. Die Zeitschrift hat eine nette Aufmachung und erhält gute Artikel, die auf die Organisationsbestrebungen zugeschnitten sind. Soweit sie für unsere wanderlustigen Steinarbeiter Interesse haben, besonders der älteren Generation, unter der sich mancher „Tippelbruder" befindet, kommen wir auf die Artikel noch zu sprechen. Man kann über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der neuen Organisation allerdings seine besondere Auffassung haben.

„Sozialistische Gemeinde", Nr. 18, Preis der einzelnen Nummer 50 Pf. Informationsblatt für Genossen im Gemeinderat, Stadtverordnetenkollegium und jener, die sich mit kommunalen Angelegenheiten zu beschäftigen haben. Herausgegeben von der U. S. P. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Parteibuchhandlungen entgegen.

„Die Soziologie des Bolschewismus". M. Jesinow. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8—9. 32 Seiten, Preis 3 M.

„Der Firn", Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben, erscheint halbmonatlich und ist durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom Verlag „Der Firn", Berlin W 57, zu beziehen. Abonnementspreis vierteljährlich (6 Hefte) 5.50 M.; bei Zustellung durch den Verlag 20 Pf. für Porto pro Heft extra, Einzelheft 1.20 M., Probenummern kostenlos.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 13 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Anzeigen

Berlin!

Donnerstag, den 28. Oktober abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus
Versammlung aller Branchen.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Bericht vom Betriebsrätekongreß. Kollege Holzfäller. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. **Die Ortsverwaltung.**

Wehrs Steinhauerbürsten liefert jedes Quantum
Gg. Wehr, Steinmetz, **Neustadt Aisch (Bayern).**

Ein junger Steinmetz auf Kunststein und Schrift sofort gesucht.
Schoder & Brandt, Ermsleben a. H., Lange Straße.

Suche sofort für dauernd
einen tüchtigen Steinmetz
Grabsteinarbeiten Muschelkalk. Gute Kost gesorgt.
Rob. Werner, Bildhauerei **Hungen** (Oberhessen).

Mehrere tüchtige Steinmetzen
für sofort gesucht.
Bernhard Högl, Oldenburg i. Oldbg.

Sägemeister
für Marmorsägerei, 4 Gatter, 1 Trennsäge, zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Unverheiratete Bewerber mit Zeugnissen über langjährige Tätigkeit wollen sich schriftlich melden bei
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin.

Für sofort ein Steinmetz gesucht
der reiche Erfahrungen in der Herstellung von Kunststein-Grabdenkmälern hat und an vollkommen selbständiges Arbeiten gewöhnt ist.
Sächsische Serpentinstein-Gesellschaft zu Zöblitz G. m. b. H.

Selbständig arbeitende Steinmetzen
für monumentale Denkmalsarbeiten in Kalk- bzw. Sandstein zu sofort gesucht
Hermann Dreier, Werkstätten für Grabmalkunst, Halberstadt.

1—2 tüchtige Steinmetzen
für sofort gesucht. Lohn per Stunde 5.25 Mark.
W. Bräning, Grabdenkmalgeschäft, Osnabrück, Bohmterstraße 52c.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Lauterbach** am 13. September der Pflastersteinschläger **Peter Groß**, 43 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Breslau** am 4. Oktober der Schleifer **Max Gottwald**, 48 Jahre alt, Hämorrhoidleiden.

In **Maroldsweisach** am 5. Oktober der Brecher **Georg Lutsch**, 47 Jahre alt, Malaria.

In **Groß-Kunzendorf** am 8. Oktober der Brecher **Franz Thannhauser**, 62 Jahre alt, Unfall.

In **Kirchenlamitz** am 14. Oktober der Granitsteinmetz **Erhard Müller**, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Seebold, Verlag von Hugo Walther, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse" Leipzig.